



Weiterbildungsprobleme und Zukunftschancen des LLL

1. Programmatischer Konsens

„Lebenslanges Lernen“ – LLL – ist als Strukturprinzip des Bildungswesens in den Programmen fast aller Parteien, Verbände und in vielen offiziellen Dokumenten von der EU bis zu den „lernenden Regionen“ verankert: Politik, Unternehmerverbände und Gewerkschaften sind sich – bei durchaus divergierenden Interessenpositionen – einig über den hohen Stellenwert.

Die Karriere des Konzepts LLL ist Resultat eines Umbruchs temporaler Strukturen. Eine Wandelmetaphorik, dass sich angeblich Anforderungen an Lernen und Wissen mit progressiver Dynamik ändern, ist zum zentralen Legitimationsmuster geworden.

2. Megastrategie

LLL ist nicht neu. Auch in Deutschland wird das Konzept seit mehr als 40 Jahren diskutiert – so z.B. von Friedrich Edding 1963 in einem Vortrag vor der IHK zu Köln. Er fasst die Prinzipien zusammen:

1. Schulen und Hochschulen werden davon befreit, möglichst alles für das Leben benötigte fachliche Wissen und Können lehren zu müssen.
2. Die in der Jugendphase zu erlangenden Abschlüsse und Berechtigungsscheine verlieren ihre lebensentscheidende Bedeutung.
3. Das schulische Lernen ohne praktische Erfahrung wird stark vermindert.
4. Die Teilnehmenden in der Weiterbildung wissen besser, was sie lernen wollen und sind besser motiviert zu lernen.
5. Zwischen den Lehrangeboten ist ein Wettbewerb eher möglich.
6. Weiterbildung kann schneller den sich wandelnden Anforderungen angepasst werden.
7. Die Verbindung mit Aufstiegsmöglichkeiten kann als Anreiz für fortgesetzte Weiterbildung genutzt werden.
8. Die abnehmende Lernbereitschaft mit steigendem Alter kann aufgehoben werden.
9. Durch die eigene Erfahrung mit lebenslangem Weiterlernen können die Bildungsentscheidungen der Eltern für die Kinder positiv beeinflusst werden.
10. Die Organisation lebenslangen Weiterlernens ist auch für die Anpassung der Lehrerbildung an die Anforderungen von Gegenwart und Zukunft wichtige Bedingung. (gekürzt nach: Edding 1970, 227-229).

Lernen im LLL -Konzept

- wird verteilt über die Lebensspanne,
- wird gegliedert in kürzere Abschnitte,
- erhält wachsenden Umfang.

Der vorerst letzte Anstoß kam von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 30.10.2000. Kernstück des Memorandums sind sechs Schlüsselbotschaften:

1. Neue Basisqualifikationen.
2. Höhere Investitionen in die Humanressourcen.
3. Innovation in den Lehr- und Lernmethoden.
4. Bewertung des Lernens.
5. Berufsberatung und Berufsorientierung.
6. Das Lernen den Lernenden auch räumlich näher bringen.
(EU Memorandum 2000)

3. Diskrepanzdiagnose

Die weitreichende Programmatik steht in einer deutlichen Diskrepanz zu ihrer Umsetzung. **Defizitaspekte** sind gemessen an den Interessen der Lernenden:

- **Fragmentierung** der Lernorte und Lernwege: Es gibt über 20 000 Anbieter von Weiterbildung in unterschiedlichen Segmenten öffentlicher, partialer, kommerzieller und betrieblicher Trägerschaft.
- **Partialisierung** der Lernziele und -inhalte: Es besteht eine juristisch aufgrund der Zuständigkeiten von Bund und Ländern fixierte und finanziell durch unterschiedliche Fördertöpfe differenzierte Desintegration besonders von „beruflicher“ und „politischer“ Bildung
- **Intransparenz**: Für den einzelnen Interessierten ist die Vielzahl und Vielfalt der Angebote kaum zu überblicken. Die Diffusität wirkt Teilnahme- und lernverhindernd.
- **Qualitätsdefizite**: Es gibt keine bundeseinheitlich verbindlichen Mindeststandards und Kontrollverfahren, um für die Lernenden Entscheidungshilfen zu geben. Die Frage, auf was man sich bei Weiterbildungsteilnahme einlässt, ist hochgradig ungeklärt.
- **Verwendbarkeitslücke**: Es ist nicht gewährleistet, dass Lernbemühen auch entsprechende Erfolge und Nutzen bringen. Die Anrechenbarkeit von Zertifikaten auf berufliche Ansprüche und schulische Anschlüsse ist nicht gesichert.
- **Selektivität**: Weiterbildung kompensiert keineswegs vorgängige soziale Auslese, sondern verstärkt sie hinsichtlich aller diskriminierenden demographischen Merkmale: Alter, Schulabschluss, Stellung im Beruf.

Die Chancen lebenslangen Lernens gelten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich. Das mit dem Postulat der Lerngesellschaft unterstellte Verwertungsversprechen trifft auf eine Vielzahl von Lernenden nicht zu. Resultierend sind Abstinenz gegenüber Lernmöglichkeit und Widerstand gegen Lernanforderungen hauptsächlich zu verstehen als Reaktion bezogen auf die Einsicht, dass der individuelle Nutzen tatsächlich in vielen Fällen fehlt. Lernwiderstände sind dann nicht nur Resultat sozialer oder institutioneller Exklusionsmechanismen, sondern auch begründet in fehlender Lernmotivation.

4. Gestaltungsbereiche

Aus den Problemen und Defiziten resultieren reziprok **Gestaltungsoptionen** hinsichtlich:

- **Integration der institutionellen Strukturen**
- **Funktionsintegration beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung**
- **Beratung und Information**
- **Qualitätssicherung**
- **Zertifizierung**
- **Zugangsicherung, Lernzeitansprüche.**

Möglich sind als Gestaltungsstrategien:

- **Institutionelle Gewährleistung:** Keiner in der Debatte um die Gestaltung von Weiterbildung vertritt noch ein Verschulungsmodell. Nichtsdestoweniger müssen Institutionen gesichert werden, welche verlässliche Grundstrukturen des Weiterbildungssystems bereitstellen. Dies gilt besonders da, wo ein hohes Gemeinwohlinteresse vorliegt, z.B. beim ZBW, der Alphabetisierung, Migrantenintegration und der politischen Bildung. Gestärkt werden muss die Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen und gleichzeitig ihre Zukunftsfähigkeit.
- **Infrastrukturelle Unterstützung:** Unter dem Stichwort Supportstrukturen hat eine Begrifflichkeit theoretische Konjunktur, die ein real verändertes Politikmodell anzeigt. Information, Beratung, Qualitätssicherung und Kooperationsverbünde sind Partialstrategien, welche hohen Konsens finden.
- **Finanzielle Förderung:** Angesichts des Finanzniveaus der Weiterbildungskosten kann der Staat sich nicht in die Zwangslage bringen lassen, alles bezahlen zu sollen. Die fortdauernde Klemme der Staatshaushalte macht es notwendig, die durchaus vorhandenen Mittel gezielter einzusetzen.
- **Juristische und normierende Rahmensetzung:** Durch rechtliche Regelungen können die Rahmenbedingungen für die Handlungsspielräume der Lernenden, der Unternehmen und der Lerninstitutionen geklärt werden. Dies betrifft vor allem Zugangsmöglichkeiten, Berechtigungen durch Zertifikate und Lernzeitansprüche.

5. Regressive Taktik

Wenn man überprüft, was umgesetzt worden ist und wird, findet man halbherzige Schritte zum Teil in die falsche Richtung: gemessen an der Megaprogrammatik eine regressive Taktik. Im Bund beschränkt sich Entwicklungsstrategie weitgehend auf Projektförderung. In den Ländern grassieren finanzielle Kürzungspolitik und Rückzug aus öffentlicher Verantwortung. Es dominiert eine Verschiebung des Politikmodells, nämlich von realer – finanziell abgesicherter und strukturell wirksamer – hin zu symbolischer – nur verbal gestützter – Politik. Eine Vielzahl der EU Projekte versandet.

Immerhin sind durch die Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens und das Programm Lernende Regionen Anstöße gegeben worden. Es kommt darauf an, die Vorschläge der Expertenkommission weiter zu klären und die Supportstrukturen in den Regionen auf Kontinuität zu stellen.

6. Froschsyndrom

In der *Zeit* vom 23. März 2006 konnte man die bekannte Geschichte vom Frosch nachlesen: „Der wurde in einen Kessel mit kaltem Wasser gesetzt und darunter dann eine Flamme entzündet, auf dass die Temperatur langsam steige. Der Frosch genoss die Wärme und merkte nichts von der Gefahr. Bis es zu spät war.“

So könnte es der deutschen Bildungspolitik gehen. Eigentlich ist bekannt, wie problematisch die Lage ist und was notwendig wäre. Gemessen am LLL-Programm werden in Deutschland – besonders im internationalen Vergleich – zu wenige Teilnehmende erreicht, zu wenig Ressourcen mobilisiert und zu wenig systematisierte Lernangebote vorgehalten. Dies ist keine plötzlich hereinbrechende Katastrophe, aber eine schleichend sich verstärkende Krise: Es wird langsam heiß. Für eine Strukturentwicklung des deutschen Weiterbildungssystems gibt es in der bildungspolitischen Diskussion keine perspektivisch geklärte Implementationsstrategie.

7. Möglichkeitsbedingungen

Angesichts der Situation im Weiterbildungsbereich besteht ein hoher Handlungsbedarf für die Unternehmen, die Weiterbildungsinstitutionen, die Kommunen, die Länder und auch auf Bundesebene. Die bestehende Diffusität und Intransparenz der Weiterbildung macht es notwendig, Instrumente systematisierender Regulationen zu entwickeln, wenn die Leistungen von Weiterbildung für ökonomisches Wachstum und Arbeitsmarkt, Demokratie und individuelle Entfaltung gesichert werden sollen. Wenn man die Risiken des Konzepts LLL begrenzen und die Chancen vergrößern will, kommt es darauf an, sich über die Bedingungen klar zu werden, die notwendig sind, damit große Teile der Bevölkerung auf den Weg in die „Lerngesellschaft“ mitgenommen werden. Sonst droht neue soziale Exklusion und eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

- **Erfolgswahrscheinlichkeit erhöhen und erfahrbar machen:** Stichpunkte dazu sind: Absicherung durch Bedarfsprognosen; Erhöhung der Nutzenerwartungen; Erweiterungen des Kompetenzerwerbs; Verbindung von Lernen und Arbeiten.
- **Zeit und Geld sichern:** Stichpunkte dazu sind: Lernzeitansprüche und einschlägige Regelungen in Tarifverträgen und Rahmengesetzen; Zeitkonten zur Nutzung für Lernchancen; Erhöhung öffentlicher und privater Aufwendungen; Finanzfonds zur ressourciellen Absicherung
- **Institutionelle Prämissen klären:** Reorganisation der Bildungsangebote und -einrichtungen; Elemente selbstbestimmten Lernens; Kooperation zwischen Bildungsanbietern und den Einsatzbereichen; Netzwerke lebensbegleitenden Lernens und entsprechende Supportstrukturen, juristische Rahmensetzung.

Wenn man über Projektemacherei und Modellversucherei sowie resultierenden Innovationsnebel hinaus eine langfristig nachhaltige Entwicklung des Weiterbildungssystems in Gang setzen will, muss eine entsprechende Strukturpolitik für die Weiterbildung abgesichert werden.